



**Europäische
Bewegung
Deutschland**

Europäisch denken, handeln und regieren! Politische Forderungen 2016/17

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 27. Juni 2016 (Kurzfassung)

Die europäischen Werte achten!

Die Europäische Union und ihre Institutionen müssen sich ebenso wie innerstaatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure stärker für die Wahrung der europäischen Werte in den Mitgliedstaaten einsetzen. Bei erkennbaren Verletzungen dieser Werte muss auch die Bundesregierung alle Möglichkeiten und dezentralen Kontakte nutzen, um auf deren Einhaltung zu drängen. Die EU-Institutionen sollten bei Verletzung dieser Werte den Rechtsstaatsmechanismus anwenden.

Die EU reformieren – mit den pro-europäischen gesellschaftlichen Kräften!

Eine wirkliche EU-Reform kann nur gelingen, wenn alle freiheitlich-demokratischen Kräfte mitwirken können. Daher muss ein möglicher Konvent für Vertragsänderungen auch eine breite Öffentlichkeit mit einbeziehen. Die Bundesregierung muss sich klar zum Europawahlkampf mit offiziell nominierten EU-weiten „Spitzenkandidaten“ bekennen. Der „Fahrplan für die Umsetzung von Artikel 11 EUV“ ist konsequent zu verfolgen, die Europäische Bürgerinitiative fortzuentwickeln. Strukturen zur

Partizipation von Jugendlichen müssen zielgerichtet gefördert werden.

Europa bilden, europäisches Bewusstsein stärken!

Die europäische Bildung muss auf allen Ebenen und für jedes Alter gestärkt werden, um das Verständnis von Europa und die Befähigung zur politischen Teilhabe zu verbessern. Europa-kompetenz schafft Vertrauen in die europäischen Institutionen und zwischen den Bürgerinnen und Bürgern.

Offene Grenzen in einem vereinten Europa!

Die Reisefreiheit im Schengen-Raum muss so schnell wie möglich wieder voll hergestellt werden. Um die Risiken für die innere Sicherheit durch offene Grenzen zu minimieren, muss der Wegfall von Grenzkontrollen im Schengen-Raum flankiert werden durch mehr Kooperation im Sicherheitsbereich und eine bessere Sicherung der Außengrenzen – unter Wahrung der Menschenrechte.

Für eine europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik!

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa muss grundlegend reformiert werden, denn wir brauchen eine gerechte Verteilung von Migrantinnen und Migranten. Die Fluchtursachen müssen durch umfassende Entwicklungszusammenarbeit, erfolgreiche Nachbarschaftspolitik und faire Handels- und Agrarpolitik beseitigt werden. Die EU muss die Länder, die sich um demokratische Reformen und nachhaltige Entwicklung bemühen, intensiver unterstützen.

European Public Diplomacy: Grenzüberschreitenden Dialog etablieren!

Die Bundesregierung muss sich in der Gestaltung ihrer Außenpolitik auch an die organisierte Zivilgesellschaft wenden und repräsentative Verbände aus allen Bereichen der Gesellschaft einbeziehen. Die deutsche Diplomatie darf nicht nur eine klassische Außenpolitik vertreten, sondern muss in Form einer

Mehr zur EBD-Politik:

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2016-17/>

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/arbeitschwerpunkte/>

„European Public Diplomacy“ über staatliche Akteurinnen und Akteure einen strukturierten europaweiten Dialog fördern. Damit und mit einer ebenfalls intensiver zu betreibenden „Cultural & Civil Diplomacy“ werden ein pluralistisches Gemeinwesen sowie kultureller Austausch auf allen Ebenen gefördert.

Wettbewerbsfähigkeit global stärken und transparent gestalten!

Durch solides Haushalten unter Beachtung der sozialen Verantwortung, kluge Investitionen sowie notwendige Strukturreformen in der gesamten EU sind stärkeres Wachstum zu fördern und neue Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche, zu schaffen. Die Sicherung der europäischen Errungenschaften (bürgerliche Grundfreiheiten, zwischenstaatliche Solidarität und soziale Standards) soll Leitlinie aller Politikentscheidungen sein. In den Verhandlungen von internationalen Handels- und Investitionsabkommen sind größtmögliche Transparenz und eine stärkere demokratische Beteiligung zu gewährleisten.

EU-Politiken fit machen für Nachhaltigkeitsziele und Klimavertrag!

Die EU-Institutionen sollen alle Politiken mit Relevanz für Nachhaltigkeit und Klimaschutz darauf untersuchen, ob diese die getroffenen Vereinbarungen zur Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und zum Klimavertrag von Paris erfüllen.

Gute EU-Rechtsetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit!

Die am Trilog beteiligten Institutionen sollten das zur Regel gewordene verkürzte Verfahren ausschließlich in besonders eilbedürftigen Fällen anwenden. Umfassende Transparenz vor, während und nach einem Trilog muss hergestellt werden. Europäische Rechtsetzung darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden: Standards im Sozial- oder Umweltbereich, die von den EU-Bürgerinnen und -Bürgern als Errungenschaften verstanden werden und den Unternehmen im Binnenmarkt gleiche Wettbewerbschancen gewährleisten, dürfen nicht durch „Bessere Rechtsetzung“ in Frage gestellt werden

Europa gemeinsam verteidigen!

Angesichts zunehmender außen- und sicherheitspolitischer Bedrohungen sind dringend politische Schritte in Richtung einer Vergemeinschaftung der europäischen Verteidigungspolitik und hin zu mehr Kohäsion in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik geboten. EU-Mitgliedstaaten müssen einen gegenseitigen Austausch von sicherheitsrelevanten Daten betreiben, die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste ausbauen und schon bestehende Institutionen wie Europol besser nutzen.

Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen!

Die EU muss sich auch weiterhin deutlich zur Gleichstellung als einem der Grundwerte der EU bekennen, dies in allen Politiken herausstellen und auf die Einhaltung der Menschenrechte achten. Wenn erforderlich, sind auch wirksame Sanktionsmechanismen zu etablieren. Die EU muss darauf hinwirken, dass die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Gleichstellung von Frauen und Männern von den Mitgliedstaaten auch in der Realität umgesetzt werden. Die Bundesrepublik Deutschland muss endlich die Istanbul-Konvention ratifizieren und somit ein Zeichen für die anderen EU-Mitgliedstaaten setzen.

Europa-Kommunikation verbessern – nationale Reflexe verhindern!

Die Bundesregierung muss ihre europapolitische Öffentlichkeitsarbeit weiter stärken, um anti-europäischen Stimmen überzeugende Argumente für das europäische Integrationsprojekt entgegenzusetzen. Der strukturierte Dialog soll ausgebaut und sein Bekanntheitsgrad gesteigert werden. Die Idee der europäischen Integration soll durch breite, alle Gruppen ansprechende Kommunikation in der Gesellschaft verankert werden.

EBD-Vorstand 2016/17

Präsident: Dr. Rainer Wend; **Vize-Präsidenten:** Michael Gahler MdEP, Axel Schäfer MdB, Prof. Dr. Michael Schreyer, EU-Kommissarin a.D.; **Schatzmeister:** RA Peter Hahn; **Mitglieder:** Gabriele Bischoff, Deutscher Gewerkschaftsbund; Dr. Katrin Böttger, Institut für Europäische Politik; Frank Burgdörfer, Citizens of Europe; Dr. Klaus Günter Deutsch, Bundesverband der Deutschen Industrie; Dr. Florian Drücke, Bundesverband Musikindustrie; Thimo Fojkar, Internationaler Bund; Karl Ilgenfritz, FREIE WÄHLER – Bundesvereinigung; Tobias Köck, Deutscher Bundesjugendring; Önder Kurt, Bundesverband der Unternehmervereinigungen (BUV); Carola Lakotta-Just, Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt; Walter Leitermann, Rat der Gemeinden und Kommunen Europas / Deutsche Sektion; Dr. Günter Lambert, Deutscher Industrie- und Handelskammertag; Kirsten Lühmann MdB, dbb beamtenbund und tarifunion; Oliver Luksic MdB a.D., FDP; Prof. Ursula Männle, Ministerin a.D., CSU; Christian Moos, Europa-Union Deutschland; Manuel Sarrazin MdB, Bündnis90/Die Grünen; Dr. Otto Schmuck, Europa-Haus Marienberg; Linn Selle, Junge Europäische Föderalisten; Michael Stübgen MdB, CDU; Tilman Tögel MdL a.D., SPD; Olaf Wientzek, Konrad-Adenauer-Stiftung; Katharina Wolf, Deutscher Juristinnenbund